

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: 24 (2012)
Heft: 94

Artikel: Schwerpunkt Wissenschaft und Politik : was tun?
Autor: Amrhein, Valentin / Falk, Marcel / Schipper, Ori
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-967897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

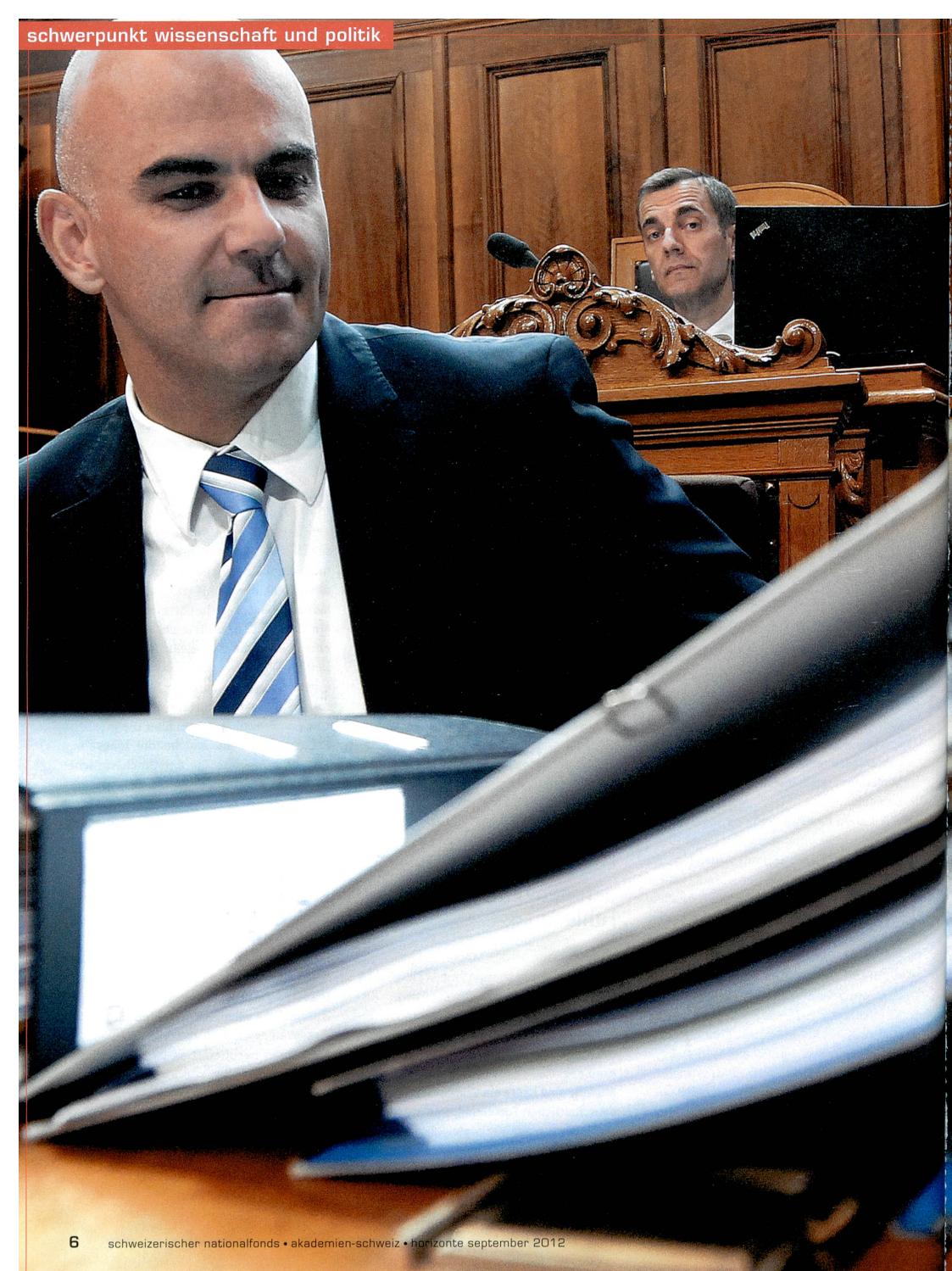
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Was tun?

Wenn Wissen sich stapelt:
Bundesrat Alain Berset
mit Aktenordnern im
Ständerat (4. Juni 2012).
Bild: Peter Klaunzer/Keystone

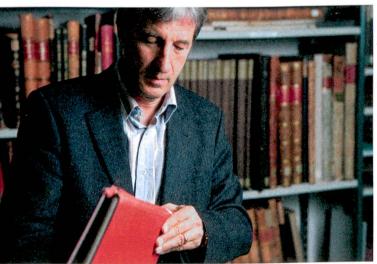
Klimawandel, knappe Ressourcen, Finanzkrise: Die anstehenden Probleme sind komplex. Wissenschaft und Politik sind stärker denn je aufeinander angewiesen und miteinander verschränkt. «Horizonte» beleuchtet die enge Beziehung. Was bedeutet sie etwa für die Forschungsfreiheit? Zu Wort kommen Forschende, ein Beamter und ein Wissenschaftslobbyist. Wie positioniert sich die Nachhaltigkeitsforschung? Und was haben die Wissenschaftler in Rio de Janeiro gemacht?

Eindeutige Empfehlungen: Ein vergangener Traum

Die Politik hätte von der Wissenschaft gerne eindeutige Botschaften. Doch diese Botschaften kann die Wissenschaft meist nicht liefern.

Von Valentin Amrhein

Die Politik erwartet von der Wissenschaft konkrete Handlungsanleitungen. Aber die Wissenschaft entfaltet sich am besten, wenn Forschung und Lehre frei betrieben werden können. Wie verhalten sich die Akteurinnen und Akteure in diesem Spannungsfeld, wie beeinflussen sich Politik und Wissenschaft im politischen System der Schweiz? Zu Wort kommen ein Sozialhistoriker, ein ehemaliger Chefbeamter mit Forschungserfahrung und ein Wissenschaftslobbyist.



Samuel Tramèry/Keystone

«Die Wahrnehmung der Wissenschaft hat sich der Wahrnehmung der Politik angenähert.» Jakob Tanner

Politik funktioniere heute meist auf Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen, sagt der Historiker Jakob Tanner von der Universität Zürich. Die Politik erwartet von der Wissenschaft «robuste Problemlösungen». Die Zukunft solle mit Hilfe wissenschaftlicher Prognosen vorhersehbar werden. Tatsächlich wollen wir wissen, um wie viel Grad die Erdtemperatur steigt, wenn wir mit Autos und Lebensweise so weiterfahren wie bisher; welche politischen Handlungsoptionen vorhanden sind, mit denen wir dem Klimawandel entgegentreten könnten; und was Klima-

wandel und Gegenmassnahmen uns kosten werden.

«Während es in den fünfziger Jahren in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit noch die Expertin und den Experten gab, die mit der Aura der Wissenschaftlichkeit ausgestattet, die objektive Wirklichkeit verkündeten, havarierte die Expertenkultur um 1970», so Tanner. «Statt einem Experten kamen viele. Und jeder erzählte etwas anderes.» Öffentlich sichtbar ist die Wissenschaft nicht mehr als autoritative Durchsetzung einer widersprüchlosen Wahrheit, sondern als Debatte mit verschiedenen Positionen. Das kommt dem Wesen der Wissenschaft näher, die keine abschliessenden Wahrheiten kennt. Wissenschaftliche Hypothesen können nicht bewiesen, sondern nur widerlegt werden, wie der Philosoph Karl Popper ausführte.

«Eindeutige und einstimmige Empfehlungen von Wissenschaftlern an die Politiker sind ein Traum, der inzwischen vergangen ist», sagt Jakob Tanner. «Durch die öffentlich ausgetragene Debatte hat sich die Wahrnehmung der Wissenschaft der Wahrnehmung der Politik angenähert. Das bedeutet freilich auch, dass manche wissenschaftliche Empfehlung als unsicher oder parteiisch empfunden wird und auf ähnlich grossen Widerspruch stösst wie die Empfehlungen der Parteien und Verbände.»

Psychologisch gecoachte Politiker
An dieser Entwicklung mitschuldig ist der Umstand, dass die von der Wissenschaft gelieferten Argumente oft zur Durchsetzung politischer Interessen eingesetzt werden. Die Schweiz besitzt zwar ein direktdemokratisch-parlamentarisches System, aber Interessenverbände spielen eine grosse Rolle. «Bei der gruppenspezifischen Interessendurchsetzung prallen

Schädlich, klimaschonend, ineffizient? Das Kernkraftwerk Gösgen (2011).
Bild: Peter Klaunzer/Keystone



Laurent Gillieron/Keystone



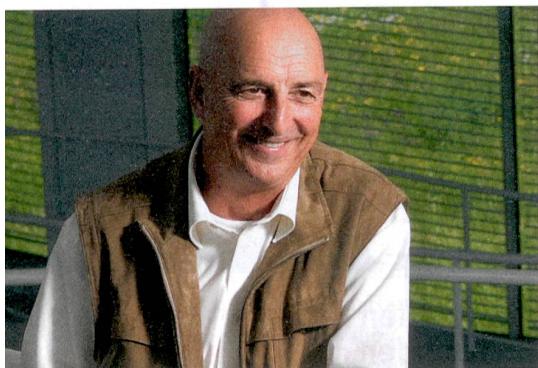
«Was sollen Politiker entscheiden, wenn die Experten sich noch über die beste Lösung streiten?» Thomas Zeltner

unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen aufeinander, was gerne von den Medien aufgegriffen wird», sagt Tanner. «Im grossen Trend durchdringen sich Wissenschaft und Politik immer stärker. Politiker setzen nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse in Wahlkämpfen ein, sie sind auch zunehmend auf Coaching angewiesen und analysieren ihre Medienauftritte mithilfe von Psychologen.»

Die Interessen der Tabakindustrie

Auch für den ehemaligen Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, Thomas Zeltner, besteht in der Politik ein grosses Bedürfnis nach wissenschaftlichen Fakten, die als Basis für Entscheide dienen können. Allerdings gebe es Fälle, in denen das Volk wissenschaftliche Aussagen anders werte als die gewählten Volksvertreter und als die meisten Forscher. Zeltner führt die Komplementärmedizin als Beispiel an. Deren Wirksamkeit ist zwar in einer von den Bundesbehörden in Auftrag gegebenen Studie als nicht belegt eingestuft worden; trotzdem wird die Komplementärmedizin seit der Abstimmung im Jahr 2009 teilweise wieder von den Krankenkassen übernommen.

Im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation hat sich Zeltner damit beschäftigt, wie die Tabakindustrie ihre Interessen durchzusetzen versuchte: «Sobald eine Studie belegte, dass auch Passivrauchen gesundheitgefährdend ist, reagierte die Tabaklobby, indem sie die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftlern



Felix Imhof/UNIL

«Politiker möchten hören: Wenn ihr euch für dies entscheidet, dann passiert das.» Claude Comina

oder von wissenschaftlichen Ergebnissen anzweifelte.» Nun ist das Zweifeln ein Grundprinzip der Wissenschaft. Wie reagiert die Politik auf die Tatsache, dass wissenschaftliche Empfehlungen meist mit Unsicherheiten behaftet sind?

In der Krise handeln

In Krisensituationen, so Zeltner, treffe die Politik im Sinne der Vorsorge oft Massnahmen wie den Ankauf von Impfstoffen, auch wenn nicht klar sei, ob etwa bei einer Influenza-Pandemie der schlimmste Fall eintreten werde. Ausserhalb einer Krise sei es sehr viel schwieriger, das Parlament zu einer Entscheidung zu bewegen, wenn die Wissenschaftler sich nicht einig seien. Das gelte erst recht für langfristige Projekte wie etwa den Umbau der Energiepolitik und die Reaktion auf den Klimawandel. «Es ist schwer, einen Konsens darüber zu finden, wie man heute auf Dinge reagieren soll, die erst in vierzig Jahren zum Problem werden», sagt Zeltner. «Was sollen Politikerinnen und Politiker entscheiden, wenn die Experten sich noch über die beste Lösung streiten?»

Das Grundlagenwissen über die Themen, mit denen sich Parlamentarier auseinandersetzen, ist aufgrund der Fortschritte der Wissenschaft immer schwieriger zu überblicken. «Also gibt es in den Fraktionen spezialisierte Mitglieder, denen die Herde nachläuft», sagt Zeltner. «Damit ist für wissenschaftliche Themen die

Zahl der Ansprechpersonen im Parlament sehr klein. Das ist natürlich ein Einfallstor für Lobbyisten, die versuchen, die wenigen Herdenführer in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen.»

Einer dieser Interessenvertreter ist Claude Comina von Netzwerk Future, einer «Interessengemeinschaft von Partnern aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik». Comina sitzt im Café Fédéral gegenüber dem Bundeshaus und macht das, was er meistens macht: Leute treffen und überzeugen. Sein üblicher Arbeitsplatz ist die Wandelhalle, wo er aber, wie er sagt, anders als die anderen Interessenvertreter nichts verkauft. «Das Einzige, das ich verkaufen könnte, ist der Output der Fachhochschulen und Universitäten, nämlich ausgebildete Menschen», sagt Comina. «Die Studentinnen und Studenten der pädagogischen Hochschulen werden einen direkten Einfluss auf die künftige Schulbildung haben. Mathematikerinnen und Ingenieure werden die Industrie voranbringen, Literaturstudenten ihr Wissen in Gymnasien und Publikationen vermitteln. In Bildung und Forschung zu investieren heisst, in die AHV zu investieren.» Wie ein Dolmetscher versucht Claude Comina, die Anliegen der

Wissenschaft in Anliegen der Politik zu übersetzen. Umgekehrt bringt er den Wissenschaftlern den «Dialekt der Politik» bei, den er in der Wandelhalle hört. «Heute wollen Politiker nicht mehr nur sehen, dass Forschung zu netten Erfindungen wie Funktelefonen führt», sagt Comina. Sie wollten den «Return on Investment» sehen, den generellen «Impact» der Forschung auf Gesellschaft und Ökonomie: «Haben grössere Investitionen in Forschung und Bildung einen positiven Effekt etwa auf die nationalen Arbeitslosenzahlen?» Das Problem ist nur: «Wenn du als Politiker 200 Millionen Franken an die SBB zahlst, dann siehst du, dass es mehr Züge gibt. Wenn du 200 Millionen an die Forschung gibst, siehst du die Resultate nicht: Weil die Zeiteinheit der Politik vier Jahre ist und die Zeiteinheit der Forschung und Erziehung zehn bis fünfzehn Jahre.»

Details der wissenschaftlichen Debatte

Politiker wollten Fakten wissen, sagt Comina, aber: «Leider sind die Wissenschaftler dafür oft zu kompliziert. Es ist normal, dass es in der Wissenschaft Debatten gibt. Aber Politiker wollen keine Details über wissenschaftliche Debatten hören. Sie interessieren sich für den gemeinsamen Nenner.» Man müsse den richtigen Moment und die richtigen Worte treffen: «Es geht um die Art der Kommunikation, um klare, einfache Worte.» Das heisse nicht, dass Wissenschaftler keine alternativen Lösungen vorschlagen sollten. «Das Parlament möchte aber die Auswirkungen der Alternativen kennen. Politiker möchten hören: Wenn ihr euch für dies entscheidet, dann passiert das.»

Menschen wie Claude Comina vermitteln zwischen Welten, die auf den ersten Blick weit auseinander liegen: zwischen wissenschaftlichen Spezialisten und Politikern als informierten Laien. Aber diese Welten sind aufeinander angewiesen. Politik kommt nicht ohne wissenschaftliche Expertise aus. Wissenschaftlern sollte es darum ein Anliegen sein, zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. Indem sie unsere Sicht auf die Welt verändern und darüber reden, sind alle Forschenden auch politisch tätig. ■

Die Nationalen Forschungsprogramme

An kaum einem Ort treffen Wissenschaft und Politik so dicht aufeinander wie in den Nationalen Forschungsprogrammen (NFP), die der SNF 1975 eingeführt hat. Sie funktionieren nach dem Modell «Politikerinnen fragen, Wissenschaftler antworten, Politiker handeln». Nachdem Politik und Verwaltung ein drängendes gesellschaftspolitisches Problem identifiziert haben, sei dies im Bereich der Gentechnologie oder der Religionsvielfalt, stellt der SNF ein Forschungsprogramm auf die Beine, das diese Fragen während rund fünf Jahren und mit den Mitteln von fünf bis zwanzig Millionen Franken beantworten soll. Aus den Antworten leiten die Forschenden Empfehlungen ab, über deren Umsetzung die Politik entscheidet. Gegenwärtig laufen die NFP 68 und 69 an, die sich der Ressource Boden und der gesunden Ernährung widmen. uha



Zusammen feiert es sich schöner: Am Ende der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro (22. Juni 2012).
Bild: Antonio Lacerda/Epa/Keystone

Der letzte Versuch?

Im Schatten des ministeriellen Schaulaufens am Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Rio de Janeiro formierte sich die weltweite Nachhaltigkeitsforschung neu. Sie möchte mit Lösungsvorschlägen den Weg zu einer nachhaltigen Welt ebnen. Von Marcel Falk

Von 90 Nachhaltigkeitszielen sind nur in vier Fällen echte Fortschritte zu verzeichnen», schreibt Achim Steiner, Exekutivdirektor des UN-Umweltdirektors, im Vorwort des jüngsten Zustandsberichts. So sehr Wissenschaft die Basis für politisches Handeln sein müsse, die eigentliche Kluft liege bei deren Implementierung. «Diese Kluft können weitere Satellitenüberwachungen, Feldforschungen und Computermodellierungen nicht überbrücken, sondern nur Mut, Entschiedenheit und politische Leadership», rief Steiner die Politiker am Rio-Gipfel, der diesen Sommer stattfand, zum Handeln auf.

Gleichberechtigte Sozialwissenschaften

Tatsächlich möchte die globale Nachhaltigkeitsforschung die Gesellschaft stärker in die Pflicht nehmen. Ihr in Rio de Janeiro präsentiertes Konzept heisst «Future Earth». Daran mitgearbeitet hat Anne Larigauderie, Direktorin von Diversitas, dem internationalen Biodiversitätsforschungsprogramm: «Wie etwa Biodiversität zerstört wird, verstehen wir mittlerweile

weitgehend. Mit «Future Earth» müssen wir nun Lösungen entwickeln.» Gelingen soll dies durch «Ko-Design» und «Ko-Produktion» auf allen Stufen. Die Integration beginnt bei der Wissenschaft. Bis heute organisieren sich die Tausenden von Forschenden im Bereich globaler Wandel in den vier Weltforschungsprogrammen für Klima, die Geo- und Biosphäre, die Biodiversität und humane Aspekte. In den Programmen priorisieren Forschende offene Fragen, entwickeln Forschungsstrategien und legen Standards fest, damit die Ergebnisse vergleichbar werden. «Wir müssen die Programme nun zusammen denken», sagt Larigauderie. «Unsere Organisation soll nicht ausschliesslich von wissenschaftlichem Interesse getrieben sein, sondern auch von den zentralen Fragen der Gesellschaft.» Diese leitenden Fragen sollen noch dieses Jahr nach einer Online-Konsultation festgelegt werden.

Vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaften sollen die Nachhaltigkeitsforschung weitaus stärker prägen als bisher. In einem im März publizierten Bericht stellt der Internationale Rat der

Sozialwissenschaften (ISSC), der «Future Earth» mitentwickelt, seine Position klar. Der ISSC spricht vom «Versagen, die Imagination und Aufmerksamkeit der Mainstream-Sozialwissenschaften zu wecken». In den klassischen Gebieten der Sozialwissenschaften wie Politologie, Soziologie oder Psychologie würde kaum zum globalen Wandel gearbeitet.

Der ISSC fordert eine gleichberechtigte Stellung der Sozialwissenschaften. «Naturwissenschaftler haben bislang nach Sozialwissenschaftlern gerufen, um naturwissenschaftliche Lösungen zu evaluieren und zu promoten», schreibt der Rat. Künftig braucht es das gemeinsame Beschreiben von Problemen, gegenseitiges Lernen und schliesslich: ein Ko-Design der Forschung.

Die Zusammenarbeit in «Future Earth» soll jedoch weit über die Forschergemeinde hinausgehen. Ein «Multistakeholder Governing Council» wird neu neben einem «Wissenschafts-Komitee» die Forschungsplattform lenken. Darin werden neben Forschenden und Förderorganisationen insbesondere «Anwender» der Nachhal-

tigkeitsforschung Einsatz haben. Die Anwender sollen helfen, «Forschungsprioritäten zu identifizieren, und Wissen für das Entwickeln von Lösungen beitragen», wie es in der Vision von «Future Earth» heißt.

Die Chancen für eine neue Ära der Nachhaltigkeitsforschung stehen gut. «Future Earth» startet, angelegt auf zehn Jahre, bereits 2013. Das Programm ist das Resultat potenter Akteure, die sich vor zwei Jahren zusammengeschlossen haben. Neben den weltweiten Forschungsdachorganisationen Internationaler Wissenschaftsrat (ICSU) und ISSC und mehreren Uno-Organisationen sind dies neu vor allem die grossen Forschungsförderer. Diese sprechen sich im «Belmont Forum» ab, einer informellen Gruppe von Förderern aus einem Dutzend Ländern wie den USA, China und Deutschland. Vor gut einem Jahr forderte die Gruppe «einen Wandel von globaler Umwelt- zu globaler Nachhaltigkeitsforschung», wie es Johannes Karte formuliert, der die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Forum vertreten. «Es gibt einen starken Willen für einen echten Wandel», konstatiert Larigauderie. Aber «Future Earth» sei kein magisches Wundermittel. Die Forschungs-

gemeinschaften sind heute stark im Erfassen und Modellieren des globalen Wandels. «Wie können wir diese Gemeinschaften erhalten und dennoch den nötigen Wandel hin zum transdisziplinären Entwickeln von Lösungen vollziehen?», fragt Larigauderie. Eines sei entschieden: Alle bisher laufenden Projekte sollen weitergeführt werden.

Drei der vier Programme – IGBP, Diversitas und IHDP (siehe Kasten) – würden vermutlich nach einer mehrjährigen Übergangsphase fusioniert, sagt Larigauderie. Alle Programme haben nationale Ableger, die Landeskomitees. Diese sind

zentral für den Austausch innerhalb der Forschungsgemeinschaft. Fragen zu den Konsequenzen der Fusion für die nationalen Gemeinschaften blieben bislang unbeantwortet.

«Die Forschenden müssen bedeutend besser informiert werden», fordert Karte.

«In Sachen Vertrauensbildung machen die Initianten von «Future Earth» einen Kardinalfehler», sagt Markus Fischer vom Forum Biodiversität der Akademie der Naturwissenschaften. Integriert zu denken sei richtig, meint Fischer. «Future Earth» jedoch wirke übergestülpt, da die Forschenden zu wenig einbezogen wurden. Weitgehend ungeklärt ist auch

die regionale und die lokale Einbettung. Gerade bei lösungsorientierter, transdisziplinärer Forschung ist diese zentral. Analysen der nachhaltigen Entwicklung zeigen, dass die wenigen Verbesserungen kaum durch internationale oder multilaterale Abkommen erreicht wurden, sondern durch nationale politische Programme. So haben etwa China und Indien viele Menschen aus der Armut geführt. Forschung muss deshalb auch auf regionaler Ebene Lösungen entwickeln können.

Stark auf den Einbezug lokalen Wissens setzt eine weitere Neuerung der Nachhaltigkeitsforschung, der Weltbiodiversitätsrat IPBES. Diese dem Weltklimarat IPCC nachempfundene, 2012 in Panama gegründete Institution wird von einem Gremium geleitet, in dem sämtliche Weltregionen durch «multidisziplinäre Experten» gleichberechtigt vertreten sein

Organisierte Nachhaltigkeitswissenschaft

Die bekannteste Institution der Nachhaltigkeitsforschung ist der Weltklimarat (IPCC). Seine Hauptaufgabe: sämtliche Resultate der Klimaforschung zu konsolidieren und in Berichten der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Eine analoge Funktion wird IPBES für den Bereich Biodiversität übernehmen. Die vier Weltforschungsprogramme, in denen sich Forschende im Bereich globaler Wandel selbst organisiert haben, sind dagegen vorwiegend am Anfang von Forschungsarbeiten aktiv. Sie legen Standards etwa für die Erhebung von Daten fest. Zudem identifizieren sie ungeklärte Fragen, priorisieren diese und entwickeln so Forschungsstrategien. Diese nutzen Forschende, um eigene Projekte zu entwickeln und bei nationalen Forschungsförderern einzugeben. Das älteste der Weltforschungsprogramme, das Welt-Klima-Forschungsprogramm (WCRP), besteht seit 1980. Das Internationale Geosphäre-Biosphäre-Programm (IGBP, seit 1987) organisiert die Forschung zu interaktiven physikalischen, chemischen und biologischen Prozessen der Erde, Diversitas (seit 1991) jene zur Biodiversität und das Internationale Programm zu den menschlichen Dimensionen des globalen Umweltwandels (IHDP, seit 1996) jene zum System Mensch-Umwelt.

Umkämpfter Umweltschutz:
An einer Gegenveranstaltung zum Gipfel von Rio rollen Aktivisten einen aufblasbaren Globus durch die Straßen (20. Juni 2012).

Bild: Felipe Dana/AP/Keystone





Umkämpfter Umweltschutz II:
Indigene und andere Aktivisten
bilden im Sand von Rio die
Umrisse einer menschlichen
Figur nach (19. Juni 2012).
Foto: Antonio Lacerda/Epa/Keystone

werden. Ursprünglich war nicht von multidisziplinären, sondern von wissenschaftlichen Experten die Rede. «Gerade in der Biodiversität ist viel regionales und traditionelles Wissen vorhanden», sagt Larigauderie. IPBES wolle die Qualität des oft nur mündlich tradierten, nicht statistisch analysierten Wissens bewerten und dieses einbeziehen.

Die Bedeutung des lokalen Wissens

Lokales Wissen ist wichtig für das Verständnis der Biodiversität. Mindestens so zentral ist der lokale Einbezug für eine spätere Umsetzung. «In verschiedenen Regionen stellen sich komplett andere Fragen. Bereits jedes Meer ist anders», sagt Fischer. Beim Weltklimarat IPCC ist die regionale Abdeckung eine – mittlerweile erkannte – Schwäche. So stammen 80 Prozent der Autorinnen und Autoren aus OECD-Ländern. In der Folge habe das IPCC in vielen Regionen der Welt keine ausreichende Glaubwürdigkeit und Legitimität erreicht. Zudem weise das Wissen über das Klima bedeutende regionale Lücken auf, besagen Studien. Ebenfalls basierend auf den Erfahrungen von

IPCC strebt das IPBES vollständige Transparenz auf allen Stufen an, etwa bei der Auswahl von Expertinnen und Experten oder im Vernehmlassungsverfahren von Berichten. «Daran arbeiten wir intensiv.

Kein Ablasshandel

Nachdem die Forschenden Nachhaltigkeitsthemen erfolgreich aufs Tapet gebracht haben, organisieren sie sich neu: Sie möchten den globalen Wandel nicht mehr nur verstehen und vorhersagen, sondern zusammen mit der Gesellschaft Lösungen entwickeln. Der Ansatz ist gut und Handeln tut not. Aber die Wissenschaft allein wird es nicht richten. Die Gesellschaft muss als Ganzes Verantwortung übernehmen und die Lösungen realisieren. Es braucht mehr Geld für die Nachhaltigkeitsforschung. Das Entwickeln von Lösungen darf jedoch nicht auf Kosten der Grundlagenforschung gehen. Zudem müssen Nährböden geschaffen werden, auf denen neue Berufe an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft entstehen, ohne Karriereknick. Die Gesellschaft soll sich Forschung leisten, um ihre Zukunft zu gestalten, und nicht als Ablasshandel. mf

Wir sind uns bewusst, dass die Transparenz des IPCC angezweifelt wird», sagt Larigauderie.

Das rund 20 Jahre ältere Geschwister ist dem IPBES jedoch vor allem Vorbild. «Was beim Klima erreicht wurde, möchten wir auch für die Biodiversität – eine bessere Sichtbarkeit in der Politik, mehr Einfluss und in der Forschung gemeinsame Datenbanken, Szenarien und Ziele», sagt Larigauderie.

Werden «Future Earth» und IPBES die Kehrtwende zu einer nachhaltigen Welt ermöglichen? Der Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz, Heinz Gutscher, sagt: «Wissenschaft allein wird die Lösung nicht bringen.» Die Erkenntnisse der Nachhaltigkeitsforschung seien in der Gesellschaft keine Selbstläufer. «Es braucht Geschichten, die überzeugen und sich wie Viren verbreiten», sagt Gutscher. Wer aber soll diese Geschichten erzählen? Und wie? Ein neues Forschungsprogramm unter dem Titel «Wissen, Lernen und sozialer Wandel» sucht zusammen mit unterschiedlichsten Akteuren der Gesellschaft nach Antworten auch auf diese Fragen. ■

«Zuerst die Machbarkeit, dann der politische Wille»

An der diesjährigen Uno-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Rio de Janeiro war weniger Euphorie zu verspüren als an der Konferenz von 1992. Dafür sitzt jetzt die Wirtschaft mit im Boot, sagt der Geograf Hans Hurni. Von Ori Schipper, Bild Annette Boutellier

Herr Hurni, hat sich Ihre weite Reise an die Rio-Konferenz gelohnt?

Ja, ich habe viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Als Mitglied der Schweizer Delegation habe ich mitverfolgen können, wie die Vertreter nationaler Bürokratien ihre unterschiedlichen Ansichten ausspielen, wie die Juristen um Worte feilschen, bis ein Dokument entsteht, zu dem sich schliesslich die grossen politischen Blöcke und alle der über 200 Staaten der Erde bekennen. Ich habe realisiert, wie klein der Konsens ist und wie wenig Spielraum für die Verhandlungen zwischen den Staaten zur Verfügung steht.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Während zehn Tagen haben sich die Delegationen mit Händen und Füssen dagegen gewehrt, den Begriff Übergang im Konferenztext zu verwenden. Doch dann beanspruchten praktisch alle der zwanzig Staatschefs, denen ich während rund fünf Stunden zuhören durfte, in ihren Schlussreden einen «Übergang zu nachhaltiger Entwicklung» für ihr Land. Sie wollen keinen erzwungenen Wechsel, sondern einen freiwilligen auf nationaler Ebene. Wenn sie ihn tatsächlich einschlagen, ist dagegen selbstverständlich nichts einzubwenden.

Können Sie sich als Wissenschaftler mit den Hauptzielen der Konferenz – nämlich Erneuerung des politischen Engagements, grüne Wirtschaft und Gouvernanz – identifizieren oder hätten Sie die Schwerpunkte anders gelegt?

Nein, ich finde es sinnvoll, die grüne Wirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Beim ersten Umweltgipfel 1972 in Stockholm beschlossen die Politiker in erster Linie Massnahmen, um die ökologischen Grundlagen langfristig zu sichern. Bei der Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio und dann auch im Jahr 2000

«Die Industrie hat gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen will. Das bringt neuen Schwung.»

bei der Formulierung der – ausschliesslich sozialen – Milleniumsziele ist je länger, desto mehr die gesellschaftliche Dimension hinzugekommen. Vor diesem Hintergrund betrachtet ist es nur folgerichtig, dass in diesem Jahr die Ökonomie ein wichtiges Thema war. Dadurch sind erst jetzt Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft abgedeckt, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit.

Sie waren der einzige Vertreter der Wissenschaft in der Schweizer Delegation. Was war Ihr Auftrag?

Ein konkretes, auf die Wissenschaft gemünztes Ziel hatte ich keines. Ich habe an den Verhandlungen teilgenommen und die Schweizer Delegation unterstützt, wo immer ich konnte. Die Wissenschaft hat beim diesjährigen Treffen anders als in der ersten Konferenz in Rio vor zwanzig Jahren keine neuen Themen eingebracht. Damals herrschte Aufbruchstimmung.

Man wollte mit verschiedenen Konventionen – zum Klima, zur Desertifikation und zur Biodiversität – der Politik vorschreiben, was zu tun sei. Die Grundstimmung war euphorisch: Da wurden ganz viele neue Ideen portiert, von denen sich jedoch



später einige als wenig tauglich erwiesen, weil sie nicht zügig umgesetzt werden konnten.

Und dieses Jahr?

Die Politiker waren viel vorsichtiger beim Eingehen neuer Verpflichtungen. Doch der Konsens und der gemeinsame Wille sind da. Alle streben eine Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit an. Das nehmen die Medien zu Unrecht als oberflächlich wahr. Ich jedenfalls kann mit der Aussicht auf

kleine, aber beständige Schritte gut leben und bin nicht unglücklich, dass die Zeit der grossen, aber wenig realistischen Würfe um ist.

Sie versprechen sich von kleinen Massnahmen mehr Erfolg?

Grundsätzlich schon, auch wenn ich es bedaure, dass die im ersten Teil des Konferenztextes formulierte Vision trocken und administrativ gehalten ist. Als Wissenschaftler hätte ich hier lieber die gros-

Hans Hurni

Hans Hurni ist Präsident des Zentrums für Entwicklung und Umwelt der Universität Bern und Direktor des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Nord-Süd». Der Geograf erforscht seit bald 40 Jahren, wie natürliche Ressourcen wie der Boden oder das Wasser besser geschützt und erhalten werden können. Hurni war im Auftrag der Akademien der Wissenschaften Schweiz Mitglied der Schweizer Delegation an der diesjährigen Nachhaltigkeitskonferenz der Uno in Rio de Janeiro.

sen Fragen gesehen. So völlig ohne Utopie kommt keine echte Vision zustande. Für die Erfolgsaussichten kommt bei der diesjährigen Konferenz noch etwas Wesentliches hinzu. Parallel zum offiziellen Treffen und zum Volksgipfel, den die Zivilgesellschaft in einer Zeltstadt am Strand von Flamengo organisiert hat, versammelte sich erstmals auch die Wirtschaft. Ich war zwar nicht dabei, habe aber gehört, dass das Treffen innovativ und kreativ war. Die Industrie hat jetzt gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen will. Das wird neuen Schwung bringen. Wenn sich Unternehmen für Nachhaltigkeit entscheiden, wird es nicht lange dauern, bis sie von den Politikern Rahmenbedingungen verlangen, die ihnen gegenüber der nicht nachhaltig produzierenden Konkurrenz Wettbewerbsvorteile verschaffen sollen.

Die Konferenz hat sich die grüne Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben. Wurden solche Rahmenbedingungen beschlossen?

Nein, doch enttäuscht bin ich deswegen nicht. Es war nicht zu erwarten, dass die Politiker Abkommen unterzeichnen, an die sich die globale Wirtschaft zu halten hat. Der Konferenztext beschränkt sich auf Willenskärtigungen, ohne konkrete Vorschriften zu machen. Diese Aufgabe wurde an die nationalen Regierungen zurückdelegiert. Dafür aber wurde am letzten Tag vor der Konferenz der vorbereitete Text schon nach wenigen Minuten per Akklamation verabschiedet. Dass wir zu einem für alle akzeptablen Text gefun-

den hatten, ist ein Erfolg, den ich wichtiger einstufe als Forderungen, die später keine Beachtung finden.

Was kann die Wissenschaft nun tun?

Sie muss sich noch stärker an den globalen Problemen orientieren und innovative Lösungen suchen. Das ist mit dem heutigen Modell der Forschungsförderung jedoch nur beschränkt möglich, denn die Themen – beispielsweise Bekämpfung von Armut und Korruption – müssten breit, integrativ und über die Wissenschaft hinaus mit den jeweils beteiligten Akteuren – also transdisziplinär – angegangen werden. Dabei sollte die Forschung nicht nur nach Erkenntnisgewinn und immer grösserem Systemwissen streben, sondern der Politik Optionen aufzeigen, wie sich Gesellschaft und Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln können. Dieses sogenannte Transformationswissen müsste stärker gefördert werden.

Was nützt das Aufzeigen von Optionen, wenn es am politischen Willen fehlt?

Es braucht einen gangbaren Weg, den sich die Politik vor Augen halten kann. Sie muss sicher sein, dass ihre Entscheidungen zu machbaren Entwicklungspfaden führen. Erst wenn die Machbarkeit gegeben ist, entsteht der politische Willen.

Gilt das auch für die ärmeren Länder im Süden?

In diesen Staaten ist die Wissenschaft immer noch marginal, das Forschungsbudget ist hundert- bis tausendfach kleiner als in der Schweiz oder Kanada. Die Entwicklungsländer müssen zuerst Forschungskapazitäten aufbauen, das heisst in Forschungsinfrastrukturen investieren und Menschen ausbilden, bevor sich die Wissenschaft vor Ort für die Lösung der Probleme einsetzen kann. Dafür braucht es viel Geld. Nach dem zu Ende gehenden Nationalen Forschungsschwerpunkt «Nord-Süd» werden zwar von der Schweiz weiterhin Forschungspartnerchaften gefördert, doch Mittel für den Kapazitätsaufbau im Süden gibt es keine mehr. Das ist schade und irritiert mich. In einer nachhaltigen Welt müssen sich auch die Länder des Südens in Richtung Wissenschaftsgesellschaft entwickeln.